Sigmar Gabriel (SPD)

Abgeordneter Bundestag

Angaben zur Person

Geburtstag
12.09.1959

Berufliche Qualifikation
Gymnasiallehrer

Ausgeübte Tätigkeit
Mitglied des Bundestaes, Vizekanzler, Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Wohnort
Goslar

Wahlkreis
Salzgitter - Wolfenbüttel *über Wahlkreis eingezogen*

Ergebnis
46,6%

Landeslistenplatz
1, *Niedersachsen*

weitere Profile

- Bundestagswahl 2013
- Bundestag 2009-2013
- Bundestagswahl 2009
- Bundestag 2005-2009
- Bundestagswahl 2005

(...) Zu dem speziellen Fall des **WM-Quartiers der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft** in Brasilien ist festzuhalten, dass hier keineswegs ein eigenes Lager nur für die WM gebaut wird. Dieses Quartier war vorher geplant und wird nach dem Ende der WM als Ferienanlage weiterverwendet. (...) weiterlesen



© SPD

befragen

Parlamentarische Arbeit / Nebentätigkeiten

Abstimmungsverhalten | Petitions-Check | Nebentätigkeiten

17.12.2015
Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr — nicht beteiligt

17.12.2015
Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Mittelmeer (OAE) — nicht beteiligt

04.12.2015
Einsatz deutscher Streitkräfte gegen den IS in Syrien — JA

03.12.2015
Umsetzung Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 — nicht beteiligt

12.11.2015
Verlängerung Bundeswehr-Einsatz in Darfur (UNAMID) — nicht beteiligt

12.11.2015
Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Südsudan (UNMISS) — nicht beteiligt

Alle Abstimmungen anzeigen

Fragen an Sigmar Gabriel

Seite   ...    ... 

Frage zum Thema Arbeit

27.11.2013



Antworten durchsuchen...

Wie haben Sie das gemacht?

Ich kann es noch nicht glauben, aber auf Sie ist verlass. Sie halten was Sie versprochen haben. Hut ab Herr Sigma Gabriel!
Die Rente mit 63 nach 45 Arbeitsjahren haben wir Langzeit einzuzahlende Arbeitnehmer verdient.
Weiter so.......!
Ihr Wolfgang Schütte

Antwort von Sigmar Gabriel

29.11.2013

bisher keine Empfehlungen

Sehr geehrter Herr Schütte ,

wow! Ein solch tolles Kompliment gibt es ja wirklich selten bei Abgeordnetenwatch! Vielen Dank dafür!
Und: Ja! Die, die 45 Jahre gearbeitet haben, haben sich die abschlagsfreie Rente mit 63 tatsächlich mehr als verdient!

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

   
oben Antwort empfehlen verlinken auf Facebook teilen twittern

Frage zum Thema Demokratie und Bürgerrechte

27.11.2013

Von: Hans -Jürgen Wolf

Sehr geehrter Herr Gabriel!
Im Artikel 69 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland heißt es: "Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter."
Es gibt also kein Amt des "Vizekanzlers", auch wenn in der veröffentlichten Meinung dieser Begriff weit verbreitet in Mode gekommen ist.
Politiker müssen sich in ihren Äußerungen jederzeit am Grundgesetz messen lassen, und das ohne Pardon. Wir werden sehen. Werden Sie nun evtl. "Vizekanzler" oder "nur" Stellvertretender Bundeskanzler?
Nach Ihrem Auftritt heute im ARD Brennpunkt bin ich gespannt auf Ihre Meinung. Na ja, eine Antwort werde ich wohl nicht bekommen.

Mit freundlichem Gruß
Hans J. Wolf

Antwort von Sigmar Gabriel

29.11.2013

1 Empfehlung



Sehr geehrter Herr Wolf ,

warum schreiben Sie mir denn eine Frage, wenn Sie doch keine Antwort erwarten?

Es ist schlicht noch nicht entschieden, wer Bundesminister bzw. Bundesministerin und wer stellvertretender Bundeskanzler bzw. stellvertretende Bundeskanzlerin wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

  
oben Antwort empfehlen verlinken auf Facebook teilen twittern

Frage zum Thema Demokratie und Bürgerrechte

27.11.2013

Von: Klaus Zinser

Sehr geehrter Herr Gabriel,

am 28.09.2013 hatte ich Ihnen Fragen zum Thema

- Bundesweiter Volksentscheid und

- Abgeordnetenbestechung

gestellt.
www.abgeordnetenwatch.de

Diese wurden sehr schnell und aus meiner Sicht auch sehr kompetent beantwortet. Sie hatten sogar einen

Alle Themen

Ablehnung von Schiedsgerichten bei TTIP und CETA (7 Fragen)

Anbau von Genmais in der EU verhindern (1 Frage / 1 Antwort)

Arbeit (28 Fragen / 14 Antworten)

Asyl-Gesetzespaket (2 Fragen)

Bildung und Forschung (7 Fragen / 4 Antworten)

Demokratie und Bürgerrechte (115 Fragen / 33 Antworten)

Diätenerhöhung (1 Frage)

Teil des SPD Wahlprogrammes entsprechend zitiert.

Auch der Fakt, dass die SPD Mitglieder über die Koalition abstimmen sollen hat mich positiv bestärkt.

Wohl wissend dass die derzeitige Frau Bundeskanzler Merkel dem Bürger offensichtlich solche Rechte verweigert, hatte ich vor 2 Tagen ´Mehr Demokratie e.V.´ wiederum unterstützt.

Dies begründet sich auch darin dass im ländlichen katholischen Oberschwaben die Meinungen von Minderheiten nur schwer geduldet werden.

Nachdem ich dem nun angedachten Koalitionsvertrag nichts zum Thema Bundesweiter Volksentscheid entnehmen konnte, scheinen sich meine Befürchtungen bestätigt zu haben.

´Mehr Demokratie e.V.´ sagt auf der Homepage:

"27.11.2013

Direkte Demokratie nicht im Koalitionsvertrag

Heute haben CDU/CSU und SPD der Öffentlichkeit ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Von direkter Demokratie lässt sich darin leider nichts finden. Mehr Demokratie kritisiert vor allem die CDU scharf für ihre Blockadehaltung. Damit bleiben die Bürger/innen Zaungäste der Bundespolitik."

Können Sie mir das erklären ? Herr Seehofer war scheinbar doch auch dafür ?

Mit freundlichem Gruss,
Klaus Zinser

Antwort von Sigmar Gabriel

29.11.2013

bisher keine Empfehlungen

Sehr geehrter Herr Zinser ,

ja, Herr Seehofer war auch dafür. Aber Frau Merkel leider nicht.
Wir haben hart darüber verhandelt, aber uns leider nicht durchsetzen können. Ich bedaure das sehr. In anderen Bereichen haben wir dafür viele gute Erfolge erzielen können. Diese sind es mir wert, diesen Koalitionsvertrag trotz dieser und einiger anderer Fragen, die auch mir fehlen, trotzdem den Mitgliedern der SPD zur Annahme zu empfehlen. Was wir alles erreicht haben, habe ich hier zusammengefasst: www.facebook.com

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel






oben Antwort empfehlen verlinken auf Facebook teilen twittern



Frage zum Thema Gesundheit

27.11.2013

Von: Gisela Stoll

Sehr geehrter Herr Gabriel,
im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur 18. Legislaturperiode heißt es auf Seite 60 u.a.:

"Endlager

Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen lösen. Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung des Endlagers Morsleben vorgetrieben und die Voraussetzungen für die Rückholung der Abfälle aus der Schachtanlage Asse II geschaffen. (...)"

In meiner Frage möchte ich mich auf den von Asse II 20 km entfernten für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgesehenen Schacht Konrad beschränken.

Für dieses alte (Eisenerz-)Bergwerk wurde weder der Langzeitsicherheitsnachweis erbracht noch wurde hinreichend in Betracht gezogen, dass Wasser eintreten kann und auch biochemische Reaktionen in den Einlagerungskammern auftreten können. Die vorliegenden Sicherheitsberechnungen für Schacht Konrad sind 20 Jahre alt; somit entsprechen sie nicht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik.

Meine Frage lautet:
Einerseits sieht der Koalitionsvertrag vor, die Voraussetzungen für die Rückholung der (maroden) Fässer aus Asse II zu schaffen. Andererseits wird im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass Schacht Konrad weiterhin als Endlager vorgesehen ist, obwohl es aus solchen Gründen die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen kann, die teilweise auch für Asse II gelten. Können Sie mir den Widerspruch, der sich m.E. hier ergibt, auflösen?

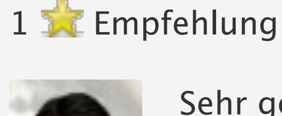
Ich bitte Sie um Beantwortung der Frage unter der Berücksichtigung, dass erstens der Raum Braunschweig in besonderer Weise von einer Häufung von Atomanlagen betroffen ist und dass zweitens Sie für den

Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel angetreten sind, der ja dann besonders von den Atommülltransporten betroffen sein wird.

Mit freundlichen Grüßen,
Gisela Stoll

Antwort von Sigmar Gabriel

02.01.2014


1 Empfehlung



Sehr geehrte Frau Stoll ,

für Ihre Fragen zum Thema Asse II und Schacht Konrad bedanke ich mich.

Es ist wichtig, hier zwei Sachverhalte zu unterscheiden:

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Februar 2013 mit großer Mehrheit – nur mit den Gegenstimmen der Linken – beschlossen: Die radioaktiven Abfälle, die in der Asse liegen, werden zurückgeholt, danach wird die Asse stillgelegt. Das war ein großer Erfolg der Opposition, insbesondere der SPD. Die Bürgerinnen und Bürger der Region Braunschweig/Wolfenbüttel hatten wir dabei immer im Blick. Im Koalitionsvertrag war es uns Sozialdemokratinnen und -demokraten wichtig, dass ein Bekenntnis zu dieser sogenannten "Lex Asse" noch einmal im Text fixiert wird.

Der Schacht Konrad hingegen ist ein genehmigtes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Sämtliche Versuche, die Genehmigung zu stoppen, sind vor verschiedenen Gerichtsinstanzen gescheitert. Dieses sowohl politisch als auch juristisch legitimierte Endlager ist als Eisenerzbergwerk wissenschaftlich auch nur sehr schwer mit dem Salzstock Asse zu vergleichen.

Im Frühjahr 2014 wird eine Kommission zur Endlagersuche beim Deutschen Bundestag eingesetzt. Die 32 Mitglieder der Kommission, unter denen sich auch acht Wissenschaftler befinden, werden sich sehr grundlegend mit der Frage "Endlagerung" beschäftigen. Falls diese Kommission zu der Erkenntnis kommen sollte, dass ein bestimmtes Endlager-Medium (Salz, Ton, Granit etc.) wissenschaftlich keinesfalls in Frage kommen sollte, wird auch der Gesetzgeber Konsequenzen aus diesen Beschlüssen ziehen müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Sigmar Gabriel


 oben  Antwort empfehlen verlinken  auf Facebook teilen  twittern



Frage zum Thema Arbeit

28.11.2013

Von: Johann Munzig

Sehr geehrter Herr Gabriel,

ich bin 63 Jahre alt und arbeite seit 48 Jahren ununterbrochen (war noch nie arbeitslos) nun habe ich vor ein paar Wochen die Rente beantragt, und werde dies zum 1.1.2014 bekommen , (Antag läuft, ist aber noch nicht durch, ich hab noch keine Benachrichtigung bekommen)
Nun möchte ich ganz gerne das neue Gesetz nutzen, da ich ja die Voraussetzung erfülle . Bekomme ich nun ab Januar 2014 die volle Rente , wenn nicht, wäre dies ja ein Betrug . Ich hoffe Sie können mir eine positive Nachricht geben.

mit freundlichen Grüßen von einem Stammwähler Johann

Antwort von Sigmar Gabriel

03.12.2013


1 Empfehlung



Sehr geehrter Herr Munzig ,

besten Dank für Ihre Frage. Im Koalitionsvertrag, den Sie unter www.spd.de im Volltext finden, steht: "Langjährig Versicherte, die durch 45 Beitragsjahre (einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit) ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, können ab dem 1. Juli 2014 mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen." Gesetzt den Fall, dass die SPD-Mitglieder sich mehrheitlich für den Koalitionsvertrag mit der Union aussprechen, wofür ich ja werbe, können wir dann ab Mitte Dezember damit beginnen, zusammen mit der Union das Gesetz zu schreiben. Ohne ein Gesetzgebungsverfahren kann die Regelung jedoch nicht in Kraft treten. Und in der Regel ist es so, dass gesetzliche Neuregelungen erst ab einem Stichtag für die Zukunft gelten. In diesem Fall würde der abschlagsfreie Rentenzugang ab dem Zeitpunkt gelten, den das Gesetz bestimmt bzw. ab dem 1.Juli 2014, der in der Koalitionsvereinbarung festgelegt ist. Wenn Sie sich also entscheiden können, später in Rente zu gehen, wird das Gesetz auch auf Sie zutreffen.

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel



Ihre Frage an Sigmar Gabriel

Wurde Ihre Frage bereits gestellt?
Durchsuchen Sie alle Fragen und Antworten in diesem Profil nach einem Stichwort:

suchen

Geben Sie bitte hier Ihre Kontaktdaten und Ihre Frage ein:

Vorname

Die Angabe Ihres vollständigen Namens ist verpflichtend.
Der Name wird verschlüsselt und ist nicht über Suchmaschinen auffindbar.

Nachname

Die Angabe Ihres vollständigen Namens ist verpflichtend.
Der Name wird verschlüsselt und ist nicht über Suchmaschinen auffindbar.

E-Mail-Adresse

An diese Adresse den abgeordnetenwatch.de-Newsletter bestellen. Die **Datenschutzbestimmungen** zur Behandlung meiner Daten habe ich gelesen.
Die Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse ist verpflichtend.
Dies ist notwendig, um Sie über eine Antwort des Abgeordneten zu informieren oder bei Rückfragen kontaktieren zu können. Ihre E-Mail-Adresse wird weder an den Abgeordneten noch an Dritte weitergegeben.

Wohnort oder Stadtteil

Diese Angabe ist verpflichtend.
Sie wird nicht veröffentlicht, aber an den Abgeordneten weitergegeben.

Telefonnummer (optional)

Diese Angabe ist optional.
Sie wird nicht veröffentlicht und nur zur internen Verwendung bzw. für evtl. Rückfragen benötigt.

noch 2000 Zeichen

Thema Ihrer Frage

Geben Sie hier Ihre Frage ein.

Spamschutz – wie viel ist 11 + 4:

Ich erkläre mich mit der Veröffentlichung meiner Frage auf abgeordnetenwatch.de einverstanden. Die

Datenschutzbestimmungen zur Behandlung meiner Daten habe ich gelesen.

Frage abschicken

Die Freischaltung von Fragen kann je nach Nutzeraufkommen u.U. einige Stunden dauern, da alle eingehenden Fragen von einem Moderatorenteam überprüft werden. Ich habe den Moderations-Codex gelesen und sichergestellt, dass meine Frage nicht gegen diesen verstößt. **Moderations-Codex aufrufen**
Falls meine Frage nicht freigeschaltet werden kann, werde ich darüber von einem Moderator informiert. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird Ihre IP-Adresse gespeichert, aber nicht veröffentlicht oder an Dritte weitergegeben. Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Datenschutzerklärung.

Wahlen & Parlamente

- Bundestag
- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Hamburg 2011-2015
- Hessen
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Über das Projekt

- Wir über uns
- Kuratorium
- Moderationscodex
- Finanzierung
- Impressum
- Datenschutzerklärung

Projekt unterstützen

- Projekt unterstützen
- Infopaket bestellen